

Zeitschrift:	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber:	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band:	65 (1971)
Heft:	11
Artikel:	Erklärung des Schweizerischen Friedensrates : zu einem Aufsatz der "Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift", Oktober 1971
Autor:	Braunschweig, Hansjörg
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-141944

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wir bekämen eine geistige Volksgemeinschaft, ein gemeinsames Haus der Seele. Wir brauchten dann wirklich keine besondere nationale und staatsbürgerliche Erziehung, denn unsere ganze Erziehung trüge, wie das ganze Volksleben, jenen Stil, den wir der schweizerischen Demokratie wünschen.

Aber man wird sagen, daß dieses ganze Bild eine Utopie sei und den, der es entworfen, einen Schwärmer und Phantasten nennen. Er antwortet darauf, daß dieses Bild selbstverständlich eine Utopie, besser: ein Ideal bedeutet. Es ist nicht seine Meinung, daß es durch eine Art von Revolution von heute auf morgen verwirklicht werden könne. Es soll nicht nächstens einem Schulrat zur Ausarbeitung neuer Lehrpläne vorgelegt werden. Er glaubt bloß, daß es die Richtung angebe, in der die dringend notwendige Umwälzung unseres Erziehungssystems sich bewegen müsse. Er hält diese Gedanken für ein «regulatives Prinzip», das unsere pädagogische Reformarbeit, möge diese sich nun rasch oder langsam vollziehen, orientieren könne. Es mag uns vielleicht nicht möglich sein, dieses ideale Bild je in ideale Wirklichkeit zu übersetzen, aber jeder Schritt, den wir in dieser Richtung tun, wird doch ein Gewinn sein. Dieses Ideal mag Weite des Blicks und Höhenzug der Gedanken verleihen. Im übrigen sind bekanntlich die Utopien von heute die Selbstverständlichkeiten von morgen, und wir leben in einer Zeit, der nur gerecht wird, wer mit gewaltigen Änderungen der menschlichen Dinge rechnet.»

Erklärung des Schweizerischen Friedensrates

zu einem Aufsatz der
«Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift», Oktober 1971

Lob der Gesinnungsschnüffelei

Die jüngste Ausgabe der ASMZ nimmt in einem Aufsatz «Zur Problematik der nichtmilitärischen Landesverteidigung» Stellung zur Arbeit des Weltfriedensrates und erwähnt übergangslos die Tätigkeit des Schweizerischen Friedensrates als «Funktion des Vehikels für armeefeindliche Aktionen». Der nicht ganz sorgfältig informierte und dokumentierte Offizier muß den Eindruck erhalten, der Schweizerische Friedensrat sei Mitglied des Weltfriedensrates oder gar sein Ableger in der Schweiz.

Der Schweizerische Friedensrat ruft neuerdings in Erinnerung, daß er nicht Mitglied des Weltfriedensrates ist und auch nie war. Es bestehen weder persönliche noch organisatorische noch politische Verbindungen

zwischen dem Schweizerischen Friedensrat und dem Weltfriedensrat. Die böswillig falsche Information der Leser der ASMZ ist enttäuschend.

Gleichzeitig legt der Schweizerische Friedensrat Wert auf die Feststellung, daß die Auseinandersetzung mit kommunistisch regierten Ländern, zwischen staatlichen Behörden, privaten Organisationen und Einzelnen fortgesetzt und vertieft werden muß. Nur diese Form des Dialoges kann Mißverständnisse beseitigen, Mißtrauen überwinden und freiheitswidrige Erscheinungen mildern. Isolation, Ängstlichkeit, Sich-bedroht-fühlen bilden nicht den Weg der Entspannung, sondern sind Pflastersteine auf der Straße zurück in den Kalten Krieg.

Die ASMZ postuliert u. a.: «Wir müssen — so sehr uns das innerlich auch widerstrebt — im personellen Bereich über das rein fachliche Qualifikationsverfahren hinaus mehr auf die Gesinnung und die Zugehörigkeit zu extremen Organisationen achten». Dieses ausdrücklich hervorgehobene Postulat muß neuerdings als Aufruf zur allgemeinen Gesinnungsschnüffelei verstanden werden, nachdem ja bekanntlich in der Juli-Nummer der ASMZ Oberst Braschler ähnliche Forderungen erhoben hatte. Es ist unverständlich, daß sich die Redaktion der ASMZ davon in keiner Weise distanziert.

Der Artikel versucht, alle oppositionellen und kritischen Strömungen als vom kommunistischen Ausland her gesteuert zu erklären. Wer kein Verständnis dafür hat, daß auch aus individuellem oder liberalem oder christlichem Denken Opposition oder grundsätzliche Kritik entstehen kann, muß zwingend zu falschen Schlüssen kommen. Es ist unverantwortlich, den Lesern der ASMZ, den Offizieren der Schweizer Armee, eine derart eindimensionale und informationsarme Kost vorzusetzen.

Wann kommt das schweizerische Friedensforschungs-Institut?

Brieflich bat der Schweizerische Friedensrat den Bundesrat um Publikation der Projektstudie von Alt-Botschafter Dr. Anton Roy Ganz für ein schweizerisches Institut zur Erforschung der internationalen Beziehungen und Konflikte, das im Jahre 1966 von Nationalrat Max Arnold postuliert worden war.

In seiner Antwort bestätigt der Bundespräsident, Rudolf Gnägi, daß die Projektstudie zum Institut für Konfliktforschung sowohl dem Schweizerischen Wissenschaftsrat als auch dem Stab für Gesamtverteidigung zur Prüfung und Stellungnahme vorgelegt worden sei. Diese beiden Stellen hätten die Prüfung an die Hand genommen. «Sobald die verlangten Berichte vorliegen, wird der Bundesrat über das weitere Vorgehen in der Sache zu beschließen haben. Selbstverständlich wird in diesem Zeitpunkt auch die schweizerische Öffentlichkeit über die Maßnahmen orientiert werden, die der Bundesrat in Befolgung des Postulates Arnold anzuordnen gedenkt.»

Der Schweizerische Friedensrat bedauert, daß der Bundesrat vorherhand von einer Publikation der Projektstudie Ganz absieht, die die Diskussion in der Öffentlichkeit anregen und die Meinungsbildung in den Behörden transparent machen würde.

Ursprünglich verlangte Nationalrat Max Arnold ein Institut für Konfliktforschung, Friedenssicherung und Rüstungsbeschränkung. In der Folge ließ der Bundesrat die «Rüstungsbeschränkung» fallen. Dem Schreiben von Bundespräsident Gnägi ist leider zu entnehmen, daß nun auch der Bestandteil «Friedenssicherung» aus dem Titel verschwunden ist. Umso dringlicher ist die Publikation der Projektstudie von Alt-Botschafter Ganz.

In einer Pressekonferenz und nachträglich in der Presse wurde behauptet, das EMD hätte seine Antwort auf den Brief des Schweizerischen Friedensrates bereits gegeben, während dessen Präsident bestreit, eine solche erhalten zu haben. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß der Brief seltsamerweise dem Friedensrichteramt Dübendorf zugestellt worden war. Unbegreiflicherweise öffnete ihn der Friedensrichter und behielt ihn bis nach der Pressekonferenz zurück. Der Schweizerische Friedensrat ist von diesem Vorgehen zweier Dübendorfer Amtsstellen befremdet.

Dr. Hansjörg Braunschweig
Präsident des Schweizerischen Friedensrates

Im Namen der Menschlichkeit Macht Schluß mit dem Morden - jetzt

Das Internationale Komitee «Gewissensfrage Vietnam» der Int. Fellowship of Reconciliation, welches in dreißig Ländern — auch in der Schweiz — über Gruppen verfügt, hat folgenden «Appell an alle kämpfenden Parteien in Südostasien» erlassen, welcher in vielen Ländern schon von führenden Persönlichkeiten des Kampfes um den Frieden unterzeichnet worden ist. (WK)

Wir sprechen für Millionen von Menschen, die es nicht mehr ertragen können, daß das Blutvergießen in Vietnam und seinen Nachbarländern immer noch weitergeht. Die Bombenwürfe. Die My Lais. Der Krieg gegen die Zivilbevölkerung — von beiden Seiten. Die Such- und Zerstöraktionen. Die Hinterhalte und der Terror und die Folterungen. Die jungen Männer, die verstört und zerschossen, nach ihren Müttern weinen. Die Kinder, verbrannt und verwundet, ohne Vater und ohne Mutter. Die Witwen, die Krüppel, die Bauern, deren Land unfruchtbar gemacht wurde durch Entlaubung und Feuer. Verhandlungen, Proteste, Aufschreie gegen den Terror haben an der einen harten Tatsache nicht geändert: das Töten geht weiter.

Es muß aufhören! Nicht nur um der Vietnameser, der Laoten, der